

Medienmitteilung

Thema	Abstimmungen Stadt und Kanton Bern vom 26. September 2010
Für Rückfragen	Peter Ammann, Präsident glp Stadt Bern, 079 222 71 90
Absender	Grünliberale Partei Stadt Bern, Postfach 6350, 3001 Bern bern@grunliberale.ch , www.bern.grunliberale.ch
Datum	1.9.2010

Parolen zu den Gemeinde- und Kantonsabstimmungen vom 26. September 2010

Die Grünliberalen der Stadt Bern sagen Nein zum Verkauf der Reitschule und Ja zur Kreditaufstockung WankdorfCity. Zudem befürworten sie die kantonale Abstimmungsvorlage «zäme läbe - zäme stimme».

Die Grünliberalen der Stadt Bern bekennen sich zur Kulturinstitution Reitschule. Die Reitschule zeichnet sich aus durch ein urbanes, vielseitiges Kulturangebot mit grosser Innovationskraft und Ausstrahlung weit über die Stadt Bern hinaus. Dank dem grossen freiwilligen Engagement vieler Beteiligter ist die Reitschule zudem nur auf bescheidene finanzielle Unterstützung durch die Stadt angewiesen. Die Initiative «Schliessung und Verkauf der Reitschule» enthält keinerlei Alternative – weder zum Kulturangebot noch hinsichtlich der Nutzung des Gebäudes. Der Planungsprozess für den Raum Schützenmatte/Bollwerk darf nicht durch einen unkontrollierten Verkauf der Reitschule sabotiert werden. Die Grünliberalen lehnen die Initiative aus diesen Gründen klar ab. Allerdings erwarten die Grünliberalen von den Reitschul-Betreibern auch, dass sie sich als verantwortliche und verlässliche Partner verhalten und für die Sicherheit der Besucherinnen und Besucher sorgen.

Zur Aufstockung des Kredits für die Finanzierung der öffentlichen Räume im künftigen Dienstleistungsquartier WankdorfCity um 25,6 Mio Franken haben die Grünliberalen die Ja-Parole beschlossen. Bei der Kreditaufstockung handelt es sich um eine Investition, die der Stadt langfristig gute Erträge in Form von Baurechtszinsen sichert. Zudem hilft der Kredit mit, auf Stadtgebiet zahlreiche neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Ja sagen die Grünliberalen der Stadt Bern auch zur kantonalen Abstimmungsvorlage «zäme läbe – zäme stimme». Diese Initiative ermöglicht es jenen Gemeinden, die dies wollen, ihre langjährig ansässigen ausländischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler an der demokratischen Gestaltung der lokalen Politik zu beteiligen. Die Grünliberalen erachten dies als eine sinnvolle Stärkung der Gemeindeautonomie.